

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 70 (1976)
Heft: 12

Artikel: Schweiz : Unser Wächteramt
Autor: Wicke, B.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142609>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schweiz: Unser Wächteramt

Herausgefordert durch die Sorgen der Professoren Gollwitzer und Casalis, die in ihren Ländern den drohenden Zerfall der Demokratie feststellen, müssen wir auch in der Schweiz Vorgehen wahrnehmen, die in die gleiche Richtung weisen.

1. Da werden am 18. November aus dem Kanton Solothurn gleich zwei Fälle gemeldet, in denen, an zwei verschiedenen Mittelschulen, von Lehrern aufgehängte Plakate, die für eine Kundgebung gegen Atomkraftwerke warben, von den Rektoren entfernt wurden. Dagegen ist die klassenweise Verteilung eindeutiger A-Werk-Propaganda erlaubt.

2. Die Arbeitsgemeinschaft Umwelt (AGU, Gründung 1971) an den Zürcher Hochschulen wurde von der ETH-Leitung innerhalb von vierundzwanzig Stunden auf die Straße gestellt. Die anfänglich allgemein ökologischen Ueberlegungen hatten den Studenten die Unterstützung weiter Kreise gebracht, doch wurde ihre Kritik an Forschung, Planung und Ausführung von großtechnologischen Werken immer deutlicher und mit ihrer Ausstellung «Umdenken — Umschwenken», in der sie handfeste Alternativen zur großtechnologischen Zivilisation brachten, wurden sie wohl gewissen Kreisen gefährlich und ihre Existenzmöglichkeiten mußten angegriffen werden.

3. Die Schweizer Autorengruppe Olten beabsichtigte, ihre Generalversammlung in der Mensa der Universität durchzuführen. Nach ursprünglicher Bewilligung machte das Rektorat der Universität Zürich folgende Auflagen: dieser Generalversammlung sei verboten, Resolutionen zu fassen, die sich gegen schweizerische Behörden richten oder das Thema 'Kriegsdienstverweigerung' berühren. — Die am 6. November im Volkshaus tagende Generalversammlung nahm von dieser «in der Geschichte unseres Landes wohl einmaligen Präventivzensur einer offiziellen Schriftstellerorganisation gegenüber Kenntnis. Sie erkennt darin ein Lehrstück zur Frage: Warum schützt eine Universität Behörden und Armee vor Schriftstellern?»

4. Die Arbeitsgemeinschaft Demokratisches Manifest nimmt die Verhinderung eines Stückes von Niklaus Meienberg am Theater am Neumarkt zum Anlaß, um einen Anti-Zensur-Fonds zu gründen. Dieser soll «zur finanziellen Unterstützung von Kulturschaffenden, die in der Ausübung ihrer Tätigkeit durch den Entzug öffentlicher Gelder aus politischen Gründen behindert werden, dienen.» Meienberg wollte mit seiner szenischen Reportage «Demokratie und Landesverrat» (Arbeits-

titel) die Auseinandersetzung zwischen Guisan und Wille und das Verhalten der Schweiz gegenüber Hitler-Deutschland zur Diskussion stellen.

Der Verein «Arbeitsgemeinschaft Demokratisches Manifest» umschreibt seine Zielsetzung in den Statuten wie folgt: «Die Arbeitsgemeinschaft Demokratisches Manifest bezweckt die Erhaltung, den Ausbau und die Förderung der demokratischen Rechte und Freiheiten in der Schweiz auf der Grundlage der Erklärung der Menschenrechte, der Europäischen Menschenrechtskonvention, der Sozialcharta und der Schweizerischen Bundesverfassung.» — Angesichts der heraufsteigenden Gefahren können wir die Tätigkeit dieser Arbeitsgemeinschaft nur unterstützen und zum Beitritt auffordern. (Postfach 107, 8036 Zürich. PC 80-48476).

B. Wicke

Präsident Carters Einstellung zu Nukleartechnik und Weltordnung

Der künftige USA-Präsident, Carter, äußerte seine Auffassung zu diesem Thema in einer Rede, die er als Kandidat für das höchste Amt am 13. Mai 1976 in New York hielt. Unter dem Patronat der Vereinten Nationen sprachen damals Carter und Fred Iklé, der «Direktor der US-Waffenkontrolle und Abrüstungs-Agency», als Vertreter Fords, über «Nuklear-Energie und Weltordnung.» Das «Bulletin of the Atomic Scientists» vom Oktober 1976 faßt die Argumente Carters unter dem Titel «Mehr Verantwortung in der Nuklear-Entwicklung» zusammen (Three Steps toward Nuclear Responsibility).

★

Von Bedeutung ist zunächst, daß Carter kompetent ist, über Nukleartechnik zu sprechen. Nach seiner eigenen Darstellung erhielt er eine Ausbildung als Nuklear-Ingenieur und arbeitete mit am USA Bauprogramm für Atom-U-Boote. Carter ermisst auch die gegenwärtige und die potentielle Bedeutung der Nuklearenergie für die Elektrizitätswirtschaft wie für die medizinische Forschung. Doch ebenso wie die Möglichkeiten sind ihm die Gefahren der atomaren Kraftquelle präsent: Er half sogar einmal, wie er bekannt gab, einen beschädigten Forschungsreaktor zu zerlegen.

Im Gegensatz zu Carter mußte sich Ford für seine Kernenergiepläne ganz auf seine wissenschaftlichen Berater verlassen, was übrigens für jeden Präsidenten seit 1945 der Fall war.

Präsident Carter erklärte unter anderem: «Nach meinen Er-